

# Der sächsische Erzähler,

## Wochenblatt für Bischofswerda, Stölpen und Umgegend.

Amtblatt der Königl. Amtshauptmannschaft, der Königl. Schul-Inspection u. des Königl. Hauptsteueramtes zu Bautzen, sowie des Königl. Amtsgerichtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Diese Zeitschrift erscheint wöchentlich zwei Mal, Mittwoch u. Sonnabend, und kostet einschließlich der Sonntags erscheinenden, beträchtlichen Beiträge wöchentlich 1 Mt. 50 Pf. Einzelne Nummer 10 Pf.

Bestellungen werden bei allen Postämtern des deutschen Reiches, für Bischofswerda und Umgegend in der Expedition dieses Blattes angenommen. Neununddreißigster Jahrgang

Inserate, welche in diesem Blatte die meiste Werthung finden, werden bis Dienstag und Freitag früh 8 Uhr angenommen und kostet die dreispaltige Zeile 10 Pf. unter „Eingefahrt“ 20 Pf. Beringer Anzeigenbetrag 25 Pf.

### Bekanntmachung.

Zufolge des eingetretenen Schneefalls werden zu Sicherung des öffentlichen Verkehrs die Wegebaupflichtigen des hiesigen Amtshauptmannschaftlichen Bezirks bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe bis zu 30 Mark hierdurch veranlaßt, alle Communicationswege, welche mit Bäumen nicht bepflanzt sind, ebenso wie die anzulegenden Winterbahnen sofort mit aufzurichtenden, ausreichend langen und genügend weit sichtbaren Stangen abzusteden und die letzteren, so lange Schnee liegt, jederzeit in gehörigem Stande zu erhalten, nicht minder auch den Schnee auf den Communicationswegen unverzüglich abzuwerfen, sobald durch solchen der Verkehr auf den letzteren gestört wird.

Im allgemeinen Verkehrsinteresse hat man die strengste Befolgung dieser Anordnung zu erwarten und wird aus dieser Rücksicht jede zur Anzeige gelangende Zuwiderhandlung unmissverständlich mit der angeordneten Strafe belegt werden.

Da das zur Absteckung der Winterbahn erforderliche Material an Stangen und Stroh bei plötzlichem Schneefall rasch gebraucht wird und es zweckmäßig erscheint, die Winterbahn schon vor Eintritt vollständiger Verwehung der Straßen und Wege abzusteden und vorzurichten, so werden die Herren Gutsvorsteher und Gemeindevorstände der an öffentlichen Straßen angrenzenden Ortschaften zugleich angewiesen, schon bei Zeiten hierauf Bedacht zu nehmen und auf Erfordern das gedachte Material den Straßenaufsichtsbeamten zur Verfügung zu stellen.

Bautzen, den 19. November 1884.

Die Königl. Amtshauptmannschaft von Döberitz.

Von dem unterzeichneten Königl. Amtsgericht soll

D. Kupfer.

den 8. December 1884

das dem Gasthofsbesitzer Andreas Carl Käufer hier zugehörige Feldgrundstück Nr. 906 und 907 des Flurbuchs, Nr. 1156 des Grund- und Hypothekenbuchs für Bischofswerda, welches Grundstück am 9. September 1884 ohne Berücksichtigung der Oblasten auf

3100 Mark

gewürdert worden ist, notwendiger Weise versteigert werden, was unter Bezugnahme auf den an hiesiger Gerichtsstelle aushängenden Anschlag hierdurch bekannt gemacht wird.

Bischofswerda, am 11. September 1884.

Königliches Amtsgericht Röhler.

Sonnabend, den 29. November 1884, 3 Uhr Nachm.,

Versteigerung einer Nähmaschine im Amtsgerichtshofe hier.

Königliches Amtsgericht Bischofswerda, am 25. November 1884. Appoit. Ger. Volla.

### Politische Weltschau.

Die ungewöhnlich kurze Thronrede, mit welcher der deutsche Kaiser am Donnerstag die neue Legislaturperiode des deutschen Reichstages in feierlichster Weise eröffnete, besiegelt sich einer großen Zurückhaltung und ist bei aller Wärme des Ausdrucks für diejenigen enttäuschend, die eine große Kundgebung überraschender Art erwarteten. Von den angekündigten Vorlagen hatte man allseitig bereits die vollständigste Kenntniss, während in dem Actenstück der Plan der Altersversicherung nur angebeutet und die Art der Deckung des Deficits gänzlich übergangen ist. Fast will es scheinen, als wolle die Reichsregierung absichtlich dem Reich der Initiative des Parlaments vollen Spielraum lassen. Dagegen wird in sehr bedeutungsvoller Weise betont, daß die Anfänge einer Colonialpolitik „nicht alle Erwartungen, die sich daran knüpfen, erfüllen können“. Diese Warnung vor zu weit gehenden Hoffnungen wird dadurch specialisirt, daß den jetzigen colonialen Bestrebungen nur Bedeutung für Handel und Industrie beigemessen wird, also nicht für die Errichtung von Ackerbau-Colonien. Die auf die Lage Europas bezügliche Stelle der Thronrede hat nicht nur den lebhaftesten Beifall der deutschen Volkvertretung gefunden, sondern wird auch überall als eine frohe Friedensbotschaft mit größter Befriedigung aufgenommen werden.

Nach einem Wahlschicksal voll überraschender Zwischenfälle ist nun der deutsche Reichstag in eine neue Legislaturperiode eingetreten. Die Volkvertretung zeigt nicht mehr die Pessimismus, an die man sich während der anderthalb Decennien des Reichsbestandes gewöhnt hatte und die nur von drei zu drei Jahren unerheblich sich veränderte, je nach dem die Wahlschlacht den Conservativen oder den Liberalen größere Erfolge gebracht hatte. Der Reichstag bietet in der neuen Periode auch ein neues Bild. Eine social-demokratische Fraktion von vierundzwanzig Köpfen ist entstanden, die der Reichsregierung zu schaffen machen wird, wenn

auch Fürst Bismarck dem Anwachsen der Socialdemokratie gegenüber sich bisher fast theilnahmslos verhalten hat. Jedenfalls ist es dem Reichscanzler viel peinlicher, daß das ultramontane Centrum über hundert Mann stark in den Reichstag zurückkehrt. Nach wie vor wird das Centrum die herrschende Partei und der Kern jeder Parlamentsmehrheit sein, gleichviel ob dieselbe für oder gegen die Reichsregierung stimmt. Zunächst sind die Mitglieder dieser zahlreichen Fraktion in sehr erbitterter Stimmung, da der deutsche Bundesrath unmittelbar nach Ablauf der Stichwahlen den von dem letzten Reichstag angenommenen Windthorst'schen Antrag wegen Aufhebung des Expatriirungs-(Ausweisung)-Gesetzes ablehnte. Mit diesem Bundesrathsbeschlusse hat die Reichsregierung die Centrumpartei geradezu vor den Kopf gestoßen und schreibt deshalb das ultramontane Organ „Germania“: „Dem neu zusammengetretenen Reichstag ist durch diese Ablehnung der Stempel des Culturkampfes aufgedrückt und das katholische Volk wird sich sicherlich in lebhafter Uebereinstimmung mit seinen eben erwählten Vertretern befinden, wenn diese der Schroffheit der Reichsregierung unerbittliche Entschiedenheit in allen jenen Dingen entgegensetzen, die den Steuerzahler neu belasten sollen.“

Die seit einigen Tagen in Berlin versammelte „Afrikanische Konferenz“ sucht erst ein definitives Programm zu schaffen, von welchem die von Portugal angeregte Frage seiner Souveränitätsrechte auf die Kongo-Mündung ganz ausgeschlossen werden dürfte. Vorläufig hat der durch den beginnenden deutschen Reichstag stark in Anspruch genommene deutsche Reichscanzler das Präsidium der Afrikanischen Konferenz dem Grafen Hafffeld übertragen.

Dem mecklenburgischen Landtage gingen die Urkunden über den Erbfolgerechts des Herzogs Paul Friedrich und die Bestätigung desselben durch den Großherzog zu. Darnach sollen die von dem Herzog freiwillig aufgegebenen Rechte nach dem einzigen Aussterben seiner nachgeborenen Brüder und deren Nachkommen nur unter der Bedingung wieder in Kraft treten, daß der zum Erbfolger Bestimmte

verpflichtet sein soll, zur protestantischen Kirche überzutreten.

Die Session der österreichisch-ungarischen Delegationen ist nach Erledigung sämtlicher Vorlagen geschlossen worden. Ihre Hauptbedeutung lag diesmal in den offiziellen friedlichen Erklärungen über die Stellung Oesterreich-Ungarns zu Rußland und in den Kundgebungen des Vertrauens, welche von beiden Delegationen dem Minister Grafen Kalnoky gewidmet wurden, dessen auswärtige Politik demnach einen vollständigen Erfolg erzielte. In der am Donnerstag stattgefundenen Sitzung des Finanzausschusses des ungarischen Unterhauses erklärte der Referent Hezudus, daß Defizit Ungarns sei zwar noch groß, doch werde es auch ohne Steuererhöhung möglich sein, das Gleichgewicht künftig herzustellen. Der Referent verwies auf die Besserung der wirtschaftlichen Lage, welche sich nach dem nächsten Ausgleich und durch die künftige Valuta-Regelung noch steigern werde.

Allem Anschein nach wird sofort nach der Wiederöffnung der italienischen Kammer, die auf den 27. d. M. anberaumt ist, ein parlamentarisches Gesecht stattfinden, welches einen Einblick auf die künftige Stärke der Regierung gestatten und zugleich den Gradmesser für die Stimmung der Kammer der wichtigsten der in der nächsten Zeit zu gewärtigenden Vorlagen, der Eisenbahnfrage gegenüber, abgeben wird. Der italienische Justizminister hat verstimmt über die Verweigerung seines Planes bezüglich der Beförderung höherer Justizbeamter, seine Entlassung eingewirkt. Als seinen Nachfolger bezeichnet man den Senator Eula, den Präsidenten des obersten Cassinischen Gerichtshofes.

Zwischen der liberalen Mehrheit der dänischen zweiten Kammer und dem Ministerium Gutzkow herrscht seit geraumer Zeit eine höchst lebhaftige Stimmung, die zu einem vollständigen Bruch des Folkething geführt hat. In dem letzten Antrag am 20. d. M. wurde die Regierung durch den Antrag über die Arbeitsverhältnisse als beständig an Tage werden sollte.